

# ZPG

Unternehmensrecht | Berufsrecht | Nachfolgerecht | Registerrecht | Steuerrecht

Zeitschrift für das Recht der Personengesellschaften und Einzelunternehmen

## Herausgegeben von

Dr. Simon Blath  
Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb  
Prof. Dr. Ingo Drescher  
Dr. Hans Gummert  
Prof. Dr. Florian Haase  
Prof. Dr. Heribert Heckschen  
Prof. Dr. Martin Henssler  
Prof. Dr. Jens Koch  
Prof. Dr. Jochem Reichert  
Dr. Gabriele Roßkopf  
Prof. Dr. Carsten Schäfer  
Dr. Uwe Schmidt  
Dr. Eberhard Schollmeyer, LL.M.  
Prof. Dr. Johannes Wertenbruch

## Autorenmerkblatt

### Aus dem Inhalt (verlinkt)

#### § 1 Redaktionelle Hinweise

[Teil 1 – Einleitende Hinweise und Abläufe](#)

[Teil 2 – Editorial](#)

[Teil 3 – Beiträge](#)

[Teil 4 – Entscheidungsanmerkung](#)

[Teil 5 – Aus der Praxis für die Praxis](#)

#### § 2 Formalia

[Teil 1 – Allgemeines und Stilistisches](#)

[Teil 2 – Abkürzungen](#)

[Teil 3 – Zitierweise Gesetze, Rechtsakte,  
Veröffentlichungsorgane](#)

[Teil 4 – Zitierweise Rechtsprechung](#)

[Teil 5 – Zitierweise Literatur](#)

#### § 3 Anhänge

[Anhang 1 – Abkürzungen der Bundesländer](#)

[Anhang 2 – Gerichtsbezeichnungen](#)

[Anhang 3 – Allgemeines Abkürzungsverzeichnis](#)

Liebe Autorinnen und Autoren!

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung an der ZPG!

Bei der Abfassung Ihres Manuskripts bitten wir Sie, die folgenden redaktionellen Hinweise unbedingt einzuhalten. Dies ermöglicht eine rasche und möglichst problemlose Bearbeitung für den Satz. Soweit Ihr Beitrag auf einer **Mandatierung** beruht, bitten wir dies offenzulegen. Der **Ablauf** von der Einsendung bis zum Druck lässt sich wie folgt grob schildern:

### 1. Einsendung

Den finalen Text Ihres Beitrages schicken Sie bitte per E-Mail an [ZPG@nomos.de](mailto:ZPG@nomos.de).

Wir bitten Sie, die vereinbarten Abgabetermine unbedingt einzuhalten. Sollten Sie ausnahmsweise den Termin nicht einhalten können, bitten wir um sofortige Nachricht an die Redaktion.

### 2. Rückmeldung der Redaktion

Sobald der Beitrag in der Redaktion vorliegt, wird er in die Begutachtungsrunde aufgenommen. Zu diesem Zweck brauchen wir diesen zunächst exklusiv für die Dauer der Begutachtung (ca. 14 Tage).

### 3. Korrekturfahnen

Sie erhalten vor Drucklegung die Fahnen Ihres Beitrags zur nochmaligen Durchsicht und Druckfreigabe. Wir bitten Sie, die Korrekturen zum angegebenen Termin an [ZPG@nomos.de](mailto:ZPG@nomos.de) zurückzusenden.

Bitte benennen Sie die zu übermittelnde Datei wie folgt: [ZPG\\_Ed\\_\[Ihr Nachname\].docx](#)

### I. Allgemeine Hinweise

#### 1. Umfang

Ein Beitrag sollte mindestens 18.000 Zeichen mit Leerzeichen inkl. Fußnoten umfassen und 40.000 Zeichen nicht überschreiten. Längere Beiträge bedürfen der Absprache mit der Redaktion, redaktionelle Kürzungen behalten wir uns vor.

#### 2. Hervorhebungen im Text

Hervorhebungen durch Fettung, Kursivierung oder Unterstreichung finden ausnahmslos nicht statt.

### II. „Kopf“ des Editorials

Der Kopf des Beitrags setzt sich zusammen aus:

- **Vor- und Nachname** des Autors/der Autorin
- Einem kurzen, prägnanten **Haupttitel**.
- Einem **Foto** des Autors/der Autorin

### III. Textteil

Der Textteil wird alleine durch Absätze gegliedert und endet mit der Nennung des Autors/der Autorin mit **Titel, ggf. Berufsbezeichnung und Ort**.

S. hierzu auch das nachstehende [Muster](#).



Bitte benennen Sie die zu übermittelnde Datei wie folgt: **ZPG\_Bei\_[Ihr Nachname].docx**

### I. Allgemeine Hinweise

#### 1. Umfang

Ein Beitrag sollte **mindestens 18.000 Zeichen mit Leerzeichen inkl. Fußnoten umfassen und 40.000 Zeichen** (~ 4-7 Druckseiten) nicht überschreiten. Längere Beiträge bedürfen der Absprache mit der Redaktion, redaktionelle Kürzungen behalten wir uns vor.

#### 2. Hervorhebungen im Text

Hervorhebungen durch Fettung, Kursivierung oder Unterstreichung finden ausnahmslos nicht statt.

### II. „Kopf“ des Beitrags

Der Kopf des Beitrags setzt sich zusammen aus:

- **Vor- und Nachname** der Autor:innen.
- Einem **Haupt- und einem Untertitel**. Der Haupttitel soll eine kurze, prägnante Überschrift sein. Die Unterüberschrift sollte den Haupttitel konkretisieren.

### III. Textteil

Der Beitrag soll die Form einer selbstständigen wissenschaftlichen Abhandlung haben.

#### 1. Abstract

Bitte verfassen Sie einen Vorspann/Abstract (ca. **600 Zeichen inkl. Leerzeichen**) ohne Fußnoten, der die Leser:innen auf die Relevanz und Aktualität des Themas hinweist und den Gang der Darstellung sowie die Ergebnisse beinhaltet.

#### 2. Gliederung

Achten Sie bitte auf kurze Überschriften, speziell unter den **römischen** Gliederungspunkten. Gliederungspunkte werden nur vergeben, wenn sie von einer Überschrift begleitet werden. Beiträge werden in **vier Ebenen** gegliedert:

**I. – 1. – a) – aa).**

#### 3. Fußnoten

Die **erste Fußnote** gilt dem Autorennamen und wird gesondert mit \* ausgewiesen. Bitte verfassen Sie hierfür einen kurzen Vorstellungstext.

**Muster:** Prof. Dr. Martin Henssler ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für  
Anwaltsrecht an der Universität Köln.  
RAin XY ist Fachanwältin für Steuerrecht und Partnerin bei Advocatusdiaboli,  
Frankfurt am Main

Die Fußnoten im Fließtext (nicht im Abstract) werden durchgehend nummeriert und im Text hochgestellt. Die Fußnoten müssen eindeutig zugeordnet werden, d.h. entweder an das Ende des zu erklärenden Wortes oder **hinter das Satzzeichen** des betreffenden Satzes oder Nebensatzes gesetzt werden. Ein gesondertes Literaturverzeichnis ist nicht erforderlich. Zusätze wie „vgl.“, „s. hierzu“ etc. sollten Sie bitte nur beifügen, wenn sie wirklich notwendig sind. **Querverweise in den Fußnoten** (aaO, o. Fn., usw.) sind **nicht zulässig**.

S. hierzu auch das nachstehende **Muster**.

[Autor:in] | [Autor:in]\*

[Titel]  
[Titel]  
[Untertitel]  
[Untertitel]

Titel und Untertitel sollten jeweils **zwei Zeilen** nicht überschreiten

*Dem Beitrag wird ein Vorspann/Abstract vorgeschaltet, der 600 Zeichen inkl. Leerzeichen nicht überschreiten darf und keine Fußnoten enthält. Der Vorspann/Abstract weist die Leser:innen auf die Relevanz und Aktualität des Themas in und beschreibt den Gang der Darstellung und deren Ergebnisse.*

## I. Einleitung

Für die Praxis stellt sich im Zusammenhang mit aufkommenden Gerüchten häufig die Frage, ob diese dazu führen, dass die Vertraulichkeit einer Insiderinformation nicht mehr gewährleistet ist. Art. 17 Abs. 7 UAbs. 2 Marktmissbrauchsverordnung (MMVO) stellt insofern eine unwiderlegliche Vermutung auf: Nehmen Gerüchte auf eine Insiderinformation Bezug, die nach Maßgabe von Art. 17 Abs. 4 und Abs. 5 MMVO nicht offengelegt wurde und ist ein solches Gerücht ausreichend präzise, geht der Ordnungsgeber davon aus, dass die Vertraulichkeit dieser Information nicht mehr gewährleistet ist. In diesem Fall muss eine unverzügliche Ad hoc-Mitteilung der Insiderinformation erfolgen.

Die Frage, wann „ausreichend präzise Gerüchte“ vorliegen, wird im Schrifttum intensiv diskutiert.<sup>1</sup> Sowohl die European Securities and Markets Authority (ESMA) als auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) äußern sich

... usw ...

## II. Ad hoc-Mitteilungspflicht bei Vorliegen einer Insiderinformation

Emittenten müssen eine Information grundsätzlich nur dann unverzüglich im Wege einer Ad hoc-Mitteilung nach Art. 17 Abs. 1 MMVO veröffentlichen, wenn es sich um eine Insiderinformation handelt, die sie unmittelbar betrifft. Neben Umständen, die im Tätigkeitsbereich des Emittenten (zB der potenzielle Erwerb einer Beteiligung) auftreten, können sich auch Insiderinformation, die außerhalb des Tätigkeitsbereichs entstehen, unmittelbar auf den Emittenten beziehen.<sup>4</sup> Zu den-ken ist hier insbesondere an potenzielle Übernahmeangebote.

... usw ...

## 1. Voraussetzungen einer Insiderinformation

Nach Art. 7 Abs. 1 MMVO ist eine Insiderinformation eine nicht öffentlich bekannte, präzise Information, die, wenn sie öffentlich bekannt würde, geeignet wäre, den Kurs von Aktien eines Emittenten erheblich zu beeinflussen (sog. Kursbeeinflussungspotenzial).

Eine Information hat Kursbeeinflussungspotenzial, wenn ein verständiger Anleger die Information wahrscheinlich als Grundlage für seine Anlageentscheidung nutzen würde, die Information für diesen also einen Kauf oder Verkaufsanreiz begründet.<sup>5</sup> Dabei ist auf eine *ex-ante*-Prognose aus Sicht eines verständigen Anlegers abzustellen.<sup>6</sup> Ob eine Information Kurs-

... usw ...

Vorstellung der Autor:innen in erster Fußnote

\* Die erste Fußnote dient der kurzen Vorstellung der Autor:innen, zB: Prof. Dr. Martin Hensler ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Anwaltsrecht an der Universität Köln.

1 Vgl. Schwark/Zimmer, Kapitalmarktrechtskommentar/Kumpan/Schmidt, 5. Aufl. 2020, Art. 17 MMVO Rn. 318; Assmann/Schneider/Mülbert, Wertpapierhandelsrecht/Assmann, 7. Aufl. 2019, MMVO Art. 17 Rn. 138; Klöhn, MAR/Klöhn, 1. Aufl. 2018, MMVO Art. 17 Rn. 289; Schimansky/Bunte/Lwowski, Bankrechts-HdB/Hopt/Kumpan, 5. Aufl. 2017, § 107 Rn. 157; MüKo-AktG/Wackebarth, 5. Aufl. 2021, WpÜG § 10 Rn. 87; Hasselbach/Stepper BB 2020, 203 (208).

2 ESMA, Final Report – Draft technical standards on the Market Abuse Regulation, ESMA/2015/1455 vom 28.9.2015, S. 53 Rn. 242 Satz 2; BaFin, Emittentenleitfaden, Modul C, S. 39 (Stand: 25.3.2020).

3 Vgl. BaFin, Emittentenleitfaden, Modul C, S. 39 (Stand: 25.3.2020).

4 Schwark/Zimmer, Kapitalmarktrechtskommentar/Kumpan/Grütze, 5. Aufl. 2020, MMVO Art. 17 Rn. 55.

Bitte benennen Sie die zu übermittelnde Datei wie folgt: **ZPG\_Anm\_[Ihr Nachname].docx**

### I. Allgemeine Hinweise

#### 1. Umfang

Bei einer Anmerkung soll diese zusammen mit dem (gekürzten) Entscheidungstext und inkl. Leitsätze **18.000 Zeichen mit Leerzeichen** betragen.

#### 2. Entscheidungstext

Sie beinhaltet den Originaltext einer gerichtlichen Entscheidung, so wie sie in **BeckRS mit Randnummern** wiedergegeben ist. Die Anmerkungsautor:innen nehmen etwaige **Kürzungen** des Entscheidungstexts eigenhändig vor, da so die Anmerkung und Entscheidung besser aufeinander abgestimmt sind.

#### 3. Hervorhebungen im Text

Hervorhebungen durch Fettung, Kursivierung oder Unterstreichung findet nicht statt.

**Ausnahme:** Zwischenüberschriften in der Anmerkung. Diese sind *kursiv* zu setzen.

### II. „Kopf“ der Entscheidung

Der Kopf Ihres Beitrags setzt sich immer zusammen aus:

- einer aussagekräftigen, kurzen **Überschrift**
- einer **Normenkette**  
**Muster:** RL 77/388/EWG Art. 13; UStG § 4
- **Leitsatz/Leitsätze:** Amtliche Leitsätze werden nicht gesondert ausgewiesen. Sollten keine amtlichen Leitsätze vorhanden sein, werden diejenigen aus BeckRS verwendet, mit dem **Zusatz am Ende** „(Leitsatz d. Red.)“ Bei Fehlen von Leitsätzen in BeckRS werden eigene Leitsätze erstellt, ebenfalls mit dem Zusatz am Ende „(Leitsatz d. Red.)“. In diesem Fall bitte nur positive Aussagesätze; **keinen „Zur Frage...“-Leitsatz formulieren.**
- **allgemeinen Angaben** zur Entscheidung  
**Muster:** EuGH, Urteil vom 7.11.2019 – C-419/18, **BeckRS 2019, 26945** – Bosman

### II. Textteil

Eine Entscheidungsanmerkung wird in „**Sachverhalt**“, „**(Aus den) Gründe(n)**“ und „**Anmerkung**“ gegliedert:

- **Sachverhalt:** Der Sachverhalt kann anhand des (gekürzten) Tatbestandes der Entscheidung und/oder in eigenen Worten wiedergegeben werden. Auslassungen oder Zusammenfassungen bedürfen hier keiner gesonderten Kennzeichnung im Text.
- **Aus den Gründen:** Hier bitte in der Entscheidungskopie die wegzulassenden Stellen streichen und die fehlenden Textpassagen – auch einzelne Wörter – durch **Auslassungszeichen [...]** kennzeichnen. Sollten ausnahmsweise Text bzw. weiterführende Parallelfundstellen eingefügt werden, müssen diese Einfügungen in **eckige Klammern [ ]** gesetzt werden. **Zwischenüberschriften** können zur besseren Gliederung unnummeriert eingefügt werden.
- **Anmerkung:**
  - Autor:innen werden am Ende mit jeweiligem Titel und Ort genannt.
  - Bitte erstellen Sie keinen gesonderten Fußnotenapparat, sondern verwenden Sie stattdessen **Klammerzusätze in runden Klammern ( )** im Text.

S. hierzu auch das nachstehende **Muster**.



## EuGH | Sprachliche Gestaltung für Vertragsschluss entscheidend

RL 2011/83/EU Art. 8 Abs. 2 UAbs. 2

**Art. 8 Abs. 2 UAbs. 2 der RL 2011/83/EU ist dahin auszulegen, dass es für die Feststellung, ob im Rahmen eines Bestellvorgangs zum Abschluss eines Fernabsatzvertrags auf elektronischem Wege eine auf der Schaltfläche für die Bestellung oder auf einer ähnlichen Funktion verwendete Formulierung wie „Buchung abschließen“ den Worten „zahlungspflichtig bestellen“ im Sinne dieser Bestimmung „entspricht“, allein auf die Worte auf dieser Schaltfläche oder dieser ähnlichen Funktion ankommt.**

EuGH, Urteil vom 7.4.2022 – C-249/21, BeckRS 2022, 6787 – Fuhrmann 2

### Sachverhalt

Die Fuhrmann-2-GmbH ist Eigentümerin eines Hotels, dessen Zimmer über die Website www.booking.com gebucht werden können. Am 19.7.2018 rief der beklagte Verbraucher diese Website auf, um

... usw ...

### [Aus den] Gründe[n]

[...]

Zur ersten Frage

24 Nach Art. 8 Abs. 2 Unterabs. 2 der Verbraucherrechte-Richtlinie 2011/83 muss der Unternehmer dafür sorgen, dass der Verbraucher bei der Bestellung ausdrücklich bestätigt, dass die Bestellung mit einer Zahlungsverpflichtung verbunden ist. Gemäß dieser Bestimmung muss, wenn der Bestellvorgang die Aktivierung einer Schaltfläche oder einer ähnlichen Funktion umfasst, diese Schaltfläche oder entsprechende Funktion gut lesbar ausschließlich mit den Worten „zahlungspflichtig bestellen“ oder einer entsprechenden eindeutigen Formulierung gekennzeichnet sein, die den Verbraucher darauf hinweist, dass die Bestellung mit einer Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Unternehmer verbunden ist.

[...]

26 Was letztere Verpflichtung betrifft, ergibt sich aus dem klaren Wortlaut [...], dass die Schaltfläche für die Bestellung oder die ähnliche Funktion mit einer gut lesbaren und eindeutigen Angabe zu kennzeichnen ist, die den Verbraucher darauf hinweist, dass die Bestellung mit einer Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Unternehmer verbunden ist [...]. [...]

... usw ...

### Anmerkung

Im Ausgangspunkt können Unternehmer bei Abschluss eines Fernabsatzvertrages die Bestellsituation durch Nutzung einer Schaltfläche gestalten, was auch aus § 312 j Abs. 3 Satz 1 BGB folgt (sog. „Button-Lösung“, vgl. Föhlich/Stariradefff NJW 2016, 353 (355)). Erfolgt die Bestellung über eine solche Schaltfläche, ist erforderlich, diese Schaltfläche gut lesbar mit nichts anderem als den Wörtern „zahlungspflichtig bestellen“ oder mit einer entsprechenden eindeutigen Formulierung beschriftet ist. Der Abschluss eines Verbraucher-vertrags im elektronischen Geschäftsverkehr ist gem. § 312 j Abs. 4 BGB nur unter Einhaltung dieser Vorgaben zulässig.

Der EuGH hat nunmehr klargestellt, dass es ausschließlich auf den Wortlaut des auf der jeweiligen Schaltfläche befindlichen Textes ankommt. Für die Praxis relevant und aus zivil-

... usw ...

Author:in [Titel] [Name], [Ort]

Sachverhaltsdarstellung in eigenen Worten. Kein wortgetreuer Abdruck der Entscheidung.

"Gründe" bei vollständigem Abdruck. "Aus den Gründen" wenn (unwesentliche) Passagen ausgelassen werden.

Ausgelassene Passagen werden mit "[...]" kenntlich gemacht.

Zwischenüberschriften können zur Gliederung eingefügt werden. Werden nicht nummeriert.

Allein stehendes "[...]" kennzeichnet ausgelassene Randnummer(n).

Eingereihtes "[...]" kennzeichnet ausgelassenen Text innerhalb derselben Randnummer.



Bitte benennen Sie die zu übermittelnde Datei wie folgt: **ZPG\_Prax\_[Ihr Nachname].docx**

### I. Allgemeine Hinweise

#### 1. Umfang

Bei einer Anmerkung soll diese zusammen mit dem (gekürzten) Entscheidungstext und inkl. Leitsätze 18.000 Zeichen mit Leerzeichen betragen.

#### 2. Hervorhebungen im Text

Hervorhebungen durch Fettung, Kursivierung oder Unterstreichung findet nicht statt.

**Ausnahme:** Das Muster in der Handlungsempfehlung. Dieses ist *kursiv* zu setzen.

### II. „Kopf“ des Beitrags

Der Kopf des Beitrags setzt sich zusammen aus:

- **Vor- und Nachname** der Autor:innen.
- Einem **Haupt- und einem Untertitel**. Der Haupttitel soll eine kurze, prägnante Überschrift sein. Die Unterüberschrift sollte den Haupttitel konkretisieren.

### III. Textteil

Ein Beitrag „Aus der Praxis für die Praxis“ wird ohne Nummerierung in „**Typischer Lebenssachverhalt**“, „**Rechtliche Grundlagen**“ und „**Handlungsempfehlung**“ gegliedert:

- **Lebenssachverhalt:** Erläutert in eigenen Worten den (typischerweise) zugrunde liegenden Sachverhalt. **Gliederung** nur in Absätzen.
- **Rechtliche Grundlagen:** Beginnen mit einer **Normenkette** (**Muster:** RL 77/388/EWG Art. 13; UStG § 4). Im Übrigen wird die materiellrechtliche Problemstellung erörtert. **Gliederung** nur in Absätzen.
- **Handlungsempfehlung:** Besteht aus zwei Teilen:
  - **Muster:** Formulierungsvorschlag (*kursiv* gesetzt)
  - Erläuterungen zum Formulierungsvorschlag in materiellrechtlicher, formaler und ggf. taktischer Hinsicht. **Gliederung** nur in Absätzen

S. hierzu auch das nachstehende **Muster**.

[Autor:in] | [Autor:in]\*

[Titel]  
[Titel]  
[Untertitel]  
[Untertitel]

Titel und Untertitel sollten jeweils **zwei Zeilen** nicht überschreiten

## Typischer Lebenssachverhalt

Für die Praxis stellt sich im Zusammenhang mit aufkommenden Gerüchten häufig die Frage, ob diese dazu führen, dass die Vertraulichkeit einer Insiderinformation nicht mehr gewährleistet ist. Art. 17 Abs. 7 UAbs. 2 Marktmissbrauchsverordnung (MMVO) stellt insofern eine unwiderlegliche Vermutung auf: Nehmen Gerüchte auf eine Insiderinformation Bezug, die nach Maßgabe von Art. 17 Abs. 4 und Abs. 5 MMVO nicht offengelegt wurde und ist ein solches Gerücht ausreichend präzise, geht der Verordnungsgeber davon aus, dass die Vertraulichkeit dieser Information nicht mehr gewährleistet ist. In diesem Fall muss eine unverzügliche Ad hoc-Mitteilung der Insiderinformation erfolgen.

Die Frage, wann „ausreichend präzise Gerüchte“ vorliegen, wird im Schrifttum intensiv diskutiert.<sup>1</sup> Sowohl die European Securities and Markets Authority (ESMA) als auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) äußern sich

... usw ...

## Rechtliche Grundlagen

BGB § 708; HRV § 40

Emittenten müssen eine Information grundsätzlich nur dann unverzüglich im Wege einer Ad hoc-Mitteilung nach Art. 17 Abs. 1 MMVO veröffentlichen, wenn es sich um eine Insiderinformation handelt, die sie unmittelbar betrifft. Neben Umständen, die im Tätigkeitsbereich des Emittenten (zB der potenzielle Erwerb einer Beteiligung) auftreten, können sich auch Insiderinformation, die außerhalb des Tätigkeitsbereichs entstehen, unmittelbar auf den Emittenten beziehen.<sup>4</sup> Zu denken ist hier insbesondere an potenzielle Übernahmeangebote.

... usw ...

## Handlungsempfehlung

**Formulierungsvorschlag:** *Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum.*

**Erläuterung:** Eine Information hat in jedem Fall Kursbeeinflussungspotenzial, wenn ein verständiger Anleger die Information wahrscheinlich als Grundlage für seine Anlageentscheidung nutzen würde, die Information für diesen also einen Kauf- oder Verkaufsanreiz begründet.<sup>5</sup> Dabei ist auf eine *ex-ante*-Prognose aus Sicht eines verständigen Anlegers abzustellen.<sup>6</sup> Ob eine Information Kurs-

... usw ...

Vorstellung der Autor:innen in erster Fußnote

\* Die erste Fußnote dient der kurzen Vorstellung der Autor:innen, zB: Prof. Dr. Martin Hensler ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Anwaltsrecht an der Universität Köln.

1 Vgl. Schwark/Zimmer, Kapitalmarktrechtskommentar/Kumpan/Schmidt, 5. Aufl. 2020, Art. 17 MMVO Rn. 318; Assmann/Schneider/Mülbert, Wertpapierhandelsrecht/Assmann, 7. Aufl. 2019, MMVO Art. 17 Rn. 138; Klöhn, MAR/Klöhn, 1. Aufl. 2018, MMVO Art. 17 Rn. 289; Schimansky/Bunte/Lwowski, Bankrechts-HdB/Hopt/Kumpan, 5. Aufl. 2017, § 107 Rn. 157; MüKo-AktG/Wackebarth, 5. Aufl. 2021, WpÜG § 10 Rn. 87; Hasselbach/Stepper BB 2020, 203 (208).

2 ESMA, Final Report – Draft technical standards on the Market Abuse Regulation, ESMA/2015/1455 vom 28.9.2015, S. 53 Rn. 242 Satz 2; BaFin, Emittentenleitfaden, Modul C, S. 39 (Stand: 25.3.2020).

3 Vgl. BaFin, Emittentenleitfaden, Modul C, S. 39 (Stand: 25.3.2020).

4 Schwark/Zimmer, Kapitalmarktrechtskommentar/Kumpan/Grütze, 5. Aufl. 2020, MMVO Art. 17 Rn. 55.

### I. Einleitung

Bei den Hinweisen handelt es sich um **zwingende Vorgaben** für die **Verlinkung** in **Beck-Online**. Deren Einhaltung hat unmittelbare Auswirkung auf die Qualität, Funktionalität und Wahrnehmung der Zeitschrift online. Daher unsere herzliche Bitte an Sie, bei der Umsetzung der folgenden Hinweise von Beginn an mitzuwirken. Typische Stolpersteine haben wir in **rot** hervorgehoben.

Diese Formalia werden durch folgende **Anhänge** ergänzt:

- ♦ Abkürzungsverzeichnis für Ländernamen
- ♦ Listung von Gerichtsbezeichnungen

### II. Allgemeine Formate

Datum	<b>2.4.2022</b>
Zahlen	20,5 %, S. 1600
Beträge	1.500 kg, 5.000 EUR
Blockaden	<b>### (immer 3x)</b> als Platzhalter oder Hinweis auf Fehlstelle/Unklares

### III. Stilistisches

Fettungen	Bitte nur durch <b>Fettungen</b> von <b>zentralen Begriffen</b> Nicht gefettet werden sollen: Ganze Sätze oder Satzteile, einzelne Wörter wie „kein“ oder „nicht“
Kursivierungen	Namen, Gerichte und Institutionen werden im Manuskript kursiv geschrieben
Wörtliche Zitate	Werden in „“ gesetzt. Bitte keine <b>Kursivsetzung</b>

### I. Allgemeine Abkürzungen

Abkürzungen werden mit dem angehängten, **verbindlichen** allgemeinen Abkürzungsverzeichnis ([s. Anhang 3](#)) automatisch angeglichen. Für die Bildung von dort nicht enthaltenen Abkürzungen s. die dort enthaltenen **Hinweise**. Auch die dort aufgeführten **Ausnahmen** bitten wir zu beachten.

### II. Bundesländer & Gerichtsbezeichnungen

[Siehe Anhänge 1 & 2](#)

**I. Gesetze, Normen**

1. Gesetze und Rechtsakte

- ♦ Gesetzangaben **ohne Zusatz aF, nF** kennzeichnen immer geltendes Recht.
- ♦ Reine Gesetzesangaben grundsätzlich im Text.
- ♦ Bei EU-Rechtsakten kann (**einheitlich**) Nr. des Rechtsakts oder Populärname verwendet werden.

Bund und Länder	Sofern vorhanden, stets amtliche Abkürzung verwenden	
Bundesgesetze	BGB, HGB, WEG, ...	
Kostenverzeichnisse	VV 7000 RVG, VV Vorb. 3.1 Abs. 1 RVG	
Landesgesetze	BWVerf, BWLBO, SaarLBO (bei Verwechslungsgefahr mit Landeskürzel)	
EU-Rechtsakte	seit 1.1.2015	vor 1.1.2015
VO	VO (EU) 2015/1	VO (EU) Nr. 573/2010
RL	RL (EU) 2015/2	RL 2010/35/EU
Beschluss	Beschl. (EU, Euratom) 2015/3	Beschl. 2009/1006/EU

2. Untergliederung von Normen & Normenketten

Abs. – UAbs. – S. – Hs. – lit. – Nr. – Alt. – Var.	
Einzelnorm	§ 5a Abs. 4 Nr. 1a S. 3 lit. a aa UWG, Art. 1 Abs. 1 UAbs. 2 MMVO
§§-Ketten	§§ 1, 2, 14–17 BGB
Art.-Ketten	Art. 42, 59-63 Brüssel Ia-VO, Art. 1 ff. BWVerf (nicht Artt.)

**II. Veröffentlichungsorgane & Materialien**

	Veröffentlichungsorgane	Materialien
Bund	BGBI. 2008 I 2021*	BT-Drs. 15/4053, 13 (15)
Länder	BlnGVBl. 2010, 342	
EU/EG	ABl. 2002 L 34, 6	COM(2012) 558 final, 2**

\* Wird das Verkündungsdatum genannt, entfällt die Jahreszahl: [Gesetz] v. 6.6.2013 (BGBI. I 1482)

\*\* Vor 2012: KOM(97) 558 endg., 5

- ♦ Rspr.-Zitate sollen nach Möglichkeit über **Beck-Online** abrufbar sein.
- ♦ Entscheidungsart (Urt./Beschl. v.) und andere Elemente (Az., Rs.) werden grds. **nicht genannt**.
- ♦ **Gerichte der Länder** müssen der **im Anhang beigefügten Listung** bezeichnet werden.

**I. Im Allgemeinen**

Kurz zitat	BGHZ 32, 154 oder BGH GRUR 2009, 946 Rn. 12
Mit Datum & Az.	BGH 26.3.2009 – I ZR 153/06, GRUR 2009, 946 Rn. 6

**Beispiele:**

Mit Zielfundstelle	BGHZ 32, 154 (158 ff. Rn. 2 ff.); BGH NJW 2005, 664 (665)
Mit Anmerkung	OLG Köln FGPrax 2020, 72 mAnm Heinze NotBZ 2020, 476 BGH NJW 2005, 963 mzustAnm Lauda NJW 2005, 1256 <b>aber</b> BGH GRUR 1967, 94 – Stute, mAnm Hoepffner GRUR 1967, 96
Mit Entscheidungsnamen	BGH GRUR 1967, 94 – Stute BGH 26.3.2009 – I ZR 153/06, GRUR 2009, 946 Rn. 6 – <b>Reifen Progressiv</b>
Nicht veröffentlicht	BGH GRUR 2009, 496, nv BGH 26.3.2009 – I ZR 153/06, nv
Nicht rechtskräftig	BGH GRUR 2009, 496, nrkr BGH 26.3.2009 – I ZR 153/06, nrkr
Juris immer mit Rn.	BGH 26.3.2009 – I ZR 153/06, juris Rn. 2 ( <b>Keine Rn.? Dann ohne Juris!</b> )
Zitat-Ketten (nur mit Kurzform!)	BGH NJW 2005, 664 (665); 2006, 2109 mzustAnm Rösler EWiR 2006, 463 f. BGH NJW 2005, 664 f.; NStZ 2019, 668

**II. Speziell EuG/EuGH**

Slg.	EuGH 15.12.1995 – C-415/93, Slg. 1995, I-4921 Rn. 78 = NJW 1996, 505 – Bosman
ECLI	EuG 8.3.2012 – T-221/10, ECLI:EU:T:2012:112 – Iberdrola/Kommission
Im Übrigen	Wie oben

Namen von Bearbeitern werden **nicht kursiv** gesetzt.

**I. Zeitschriften, Festschriften, Online-Quellen, Sammelbände**

	Vollzitat
Zeitschrift Archivzeitschrift	Heinze NotBZ 2021, 237 (238) Auer AcP 222 (2022), 442 (452)
Festschrift/-gabe, Gedächtnisschrift	Werner FG Institut für Recht und Technik, 2017, 125 Wacke FS Wiedemann, 2002, 167 (169 ff.)
Monografie	Spehl, Partner werden in der Kanzlei, 2012, S. 54
Sammelband	Seckelmann Digitalisierte Verwaltung/Bearbeiter S. 30 (34)
Online-Quelle	Maier, Gutachten, 2018, abrufbar unter ..., S. 4 Vgl. dazu <a href="https://www. ...">https://www. ...</a>

**II. Kommentare, Handbücher, Formularbücher**

- ◆ Zitierung mit „in“ (zB Henssler, in Henssler/Strohn) ist **nicht zulässig**.
- ◆ Bei Kommentaren, Handbüchern und Formularbücher ist die **Auflage/Edition stets** anzugeben.
- ◆ Bei Kommentaren ist auch **stets** das **kommentierte Gesetz** anzugeben.

	<b>grundsätzlich Vollzitat</b>
Kommentar	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht/Gallner, <b>16. Aufl. 2016</b> , BEEG § 18 Rn. 2 Staudinger, BGB/Habermeier, <b>18. Aufl. 2018</b> , BGB § 705 Rn. 12
Handbuch	Münchener Anwaltshandbuch Erbrecht/Leipold, <b>5. Aufl. 2018</b> , § 10 Rn. 1
Formularbuch	Engl, Formularbuch Umwandlungen/Bearbeiter, <b>3. Aufl. 2013</b> , Form. A.2i
	Bei folgenden <u>Werktypen</u> im Beitrag: Kurzform
Kommentar	<u>MüKoBGB</u> /Wurmnest, <b>8. Aufl. 2019</b> , BGB § 309 Rn. 6 <u>BeckOK</u> UmweltR/Schulte/Michalk, <b>59. Ed. 1.7.2021</b> , BImSchG § 3 Rn. 6 <u>NK</u> -BGB/Heidel, <b>4. Aufl. 2019</b> , BGB § 242 Rn. 2 <u>HK</u> -ArbSchR/Kohte, <b>3. Aufl. 2022</b> , ArbZG § 7 Rn. 42
Handbuch	<u>MHdB</u> AG/Sailer-Coceani, <b>5. Aufl. 2020</b> , § 6 Rn. 24 <u>BeckHdB</u> /Maul/Strobl-Haarmann, <b>3. Aufl. 2018</b> , § 4 Rn. 2

Die Abkürzungen gelten nur in Verbindung mit Landesgesetzen, für die es gleichlautende amtliche Abkürzungen gibt und in Titeln, in denen Landesgesetze länderübergreifend dargestellt werden.

Bundesland	Abkürzung
Baden-Württemberg	BW
Bayern	Bay
Berlin	Bln
Brandenburg	Bbg
Bremen	Brem
Hamburg	Hmb
Hessen	Hess
Mecklenburg-Vorpommern	MV
Niedersachsen	Nds
Nordrhein-Westfalen	NRW
Rheinland-Pfalz	RhPf
Saarland	Saarl
Sachsen	Sächs
Sachsen-Anhalt	LSA
Schleswig-Holstein	SchlH
Thüringen	Thür



<a href="#">I. Ordentliche Gerichtsbarkeit</a>	<a href="#">II. Arbeitsgerichtsbarkeit</a>	<a href="#">III. Sozialgerichtsbarkeit</a>
<a href="#">IV. Finanzgerichtsbarkeit</a>	<a href="#">V. Verwaltungsgerichtsbarkeit</a>	<a href="#">VI. Verfassungsgerichtsbarkeit</a>
<a href="#">VII. Gemeinsamer Senat</a>	<a href="#">VIII. Anwaltsgerichtsbarkeit</a>	<a href="#">IX. Europ./Int. Gerichte</a>

### I. Ordentliche Gerichtsbarkeit

#### Bundesgerichtshof

BGH

#### Oberlandesgerichte

OLG Bamberg

OLG Brandenburg (nicht: BbgOLG)

OLG Braunschweig

OLG Bremen (nicht: HansOLG Bremen)

OLG Celle

OLG Dresden

OLG Düsseldorf

OLG Frankfurt a. M.

OLG Hamburg (nicht: HansOLG Hamburg)

OLG Hamm

OLG Jena (nicht: ThürOLG)

OLG Karlsruhe

OLG Koblenz

OLG Köln

OLG München

OLG Naumburg

OLG Nürnberg

OLG Oldenburg

OLG Rostock

OLG Saarbrücken

OLG Schleswig (nicht: SchlHOLG)

OLG Stuttgart

OLG Zweibrücken

*aber:* KG (für Kammergericht Berlin)

*In Bayern wieder ab 15. September 2018:* BayObLG

#### Landgerichte

LG Stuttgart etc

Sonderfälle: LG München I und LG München II

LG Frankfurt a. M., LG Frankfurt (Oder), LG Nürnberg-Fürth

#### Amtsgerichte

AG Augsburg

AG Berlin-Schöneberg

AG Hamburg-Blankenese

AG Neustadt a. d. Weinstraße usw

## II. Arbeitsgerichtsbarkeit

### Bundesarbeitsgericht

BAG

### Landesarbeitsgerichte

LAG Baden-Württemberg

LAG Berlin **ab 1.1.2007**: LAG Berlin-Brandenburg

LAG Brandenburg **ab 1.1.2007**: LAG Berlin-Brandenburg

LAG Bremen

LAG Hamburg

LAG Hessen (nicht: Hessisches LAG)

LAG Mecklenburg-Vorpommern

LAG Niedersachsen

LAG Rheinland-Pfalz

LAG Saarland

LAG Sachsen (nicht: Sächsisches LAG)

LAG Sachsen-Anhalt

LAG Schleswig-Holstein

LAG Thüringen (nicht: Thüringer LAG)

*Sonderfälle (wenn mehr als ein Gericht pro Bundesland):*

LAG München, LAG Nürnberg

LAG Düsseldorf, LAG Hamm, LAG Köln

### Arbeitsgerichte

ArbG Augsburg, ArbG Frankfurt a. M. etc

### **III. Sozialgerichtsbarkeit**

#### **Bundessozialgericht**

BSG

#### **Landessozialgerichte**

LSG Bayern (nicht: Bayerisches LSG)

LSG Baden-Württemberg

LSG Bremen **ab 1.7.2005**: LSG Niedersachsen-Bremen

LSG Berlin **ab 1.7.2005**: LSG Berlin-Brandenburg

LSG Brandenburg **ab 1.7.2005**: LSG Berlin-Brandenburg

LSG Hamburg

LSG Hessen (nicht: Hessisches LSG)

LSG Mecklenburg-Vorpommern

LSG Niedersachsen **ab 1.7.2005**: LSG Niedersachsen-Bremen

LSG Nordrhein-Westfalen

LSG Rheinland-Pfalz

LSG Saarland

LSG Sachsen (nicht: Sächsisches LSG)

LSG Sachsen-Anhalt

LSG Schleswig-Holstein (nicht: Schleswig-Holsteinisches LSG)

LSG Thüringen (nicht: Thüringer LSG)

#### **Sozialgerichte**

SG Augsburg etc

## IV. Finanzgerichtsbarkeit

### Bundesfinanzhof

BFH

### Finanzgerichte

FG Baden-Württemberg

FG Berlin **ab 1.1.2007**: FG Berlin-Brandenburg

FG Brandenburg **ab 1.1.2007**: FG Berlin-Brandenburg

FG Bremen

FG Hamburg

FG Hessen (nicht: Hessisches FG)

FG Mecklenburg-Vorpommern

FG Niedersachsen (nicht: Niedersächsisches FG)

FG Rheinland-Pfalz

FG Saarland

FG Sachsen (nicht: Sächsisches FG)

FG Sachsen-Anhalt (nicht: FG des Landes Sachsen-Anhalt)

FG Schleswig-Holstein (nicht: Schleswig-Holsteinisches FG)

FG Thüringen (nicht: Thüringer FG)

*Sonderfälle (wenn mehr als ein Gericht pro Bundesland):*

FG München, FG Nürnberg

FG Düsseldorf, FG Köln, FG Münster

## **V. Verwaltungsgerichtsbarkeit**

### **Bundesverwaltungsgericht**

BVerwG

### **Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe**

OVG Bautzen (nicht: Sächsisches OVG)

OVG Berlin **ab 1.7.2005**: OVG Berlin-Brandenburg

OVG Frankfurt (Oder) **ab 1.7.2005**: OVG Berlin-Brandenburg

OVG Bremen

OVG Greifswald (nicht: OVG Mecklenburg-Vorpommern)

OVG Hamburg (nicht: Hamburgisches OVG)

VGH Kassel (nicht: Hessischer VGH)

OVG Koblenz (nicht: OVG Rheinland-Pfalz)

OVG Lüneburg (nicht: Niedersächsisches OVG)

OVG Magdeburg (nicht: OVG des Landes Sachsen-Anhalt)

VGH Mannheim (nicht: VGH Baden-Württemberg)

VGH München (nicht: Bayerischer VGH)

OVG Münster (nicht: OVG für das Land Nordrhein-Westfalen)

OVG Saarlouis (nicht: OVG des Landes Saarland)

OVG Schleswig (nicht: Schleswig-Holsteinisches OVG)

OVG Weimar (nicht: Thüringer OVG)

### **Verwaltungsgerichte**

VG Augsburg etc

## **VI. Verfassungsgerichtsbarkeit**

### **Bundesverfassungsgericht**

BVerfG

### **Landesverfassungsgerichte/Staatsgerichtshöfe**

StGH Baden-Württemberg **Ab 5.12.2015**: VerfGH Baden-Württemberg

VerfGH Bayern (nicht: Bayerischer VerfGH)

VerfGH Berlin

VerfG Brandenburg

StGH Bremen

VerfG Hamburg (nicht: Hamburgisches VerfG)

StGH Hessen

LVerfG Mecklenburg-Vorpommern

StGH Niedersachsen (nicht: Niedersächsischer StGH)

VerfGH Nordrhein-Westfalen

VerfGH Rheinland-Pfalz

VerfGH Saarland (nicht: VerfGH des Saarlandes)

VerfGH Sachsen (nicht: VerfGH des Freistaates Sachsen)

LVerfG Sachsen-Anhalt

LVerfG Schleswig-Holstein (nicht: Schleswig-Holsteinisches LVerfG)

VerfGH Thüringen (nicht: Thüringer VerfGH)

## **VII. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes/Bundespatentgericht**

### **Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes**

GmS-OGB

### **Bundespatentgericht**

BPatG

### **Bundesdisziplinargericht**

BDiG

### **Bezirksgericht**

BezG



## **VIII. Anwaltsgerichtsbarkeit**

**Bundesgerichtshof – Senat für Anwaltssachen –  
BGH**

### **Anwaltsgerichtshöfe**

AGH Baden-Württemberg

AGH Bayern (nicht: Bayerischer AGH)

AGH Berlin

AGH Brandenburg (nicht: Brandenburgischer AGH)

AGH Bremen (nicht: AGH der Freien Hansestadt Bremen)

AGH Hamburg (nicht: AGH in der Freien und Hansestadt Hamburg)

AGH Hessen

AGH Mecklenburg-Vorpommern

AGH Niedersachsen (nicht: Niedersächsischer AGH)

AGH Nordrhein-Westfalen

AGH Rheinland-Pfalz

AGH Saarland (nicht: Saarländischer AGH)

AGH Sachsen (nicht: Sächsischer AGH)

AGH Sachsen-Anhalt

AGH Schleswig-Holstein

AGH Thüringen (nicht: Thüringer AGH)

### **Anwaltsgerichte**

AnwG Freiburg etc

## **IX. Europäische und Internationale Gerichte**

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Union
EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
IGH	Internationaler Gerichtshof
ISG	Internationaler Seegerichtshof
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof

**Hinweis:**

Es sind nicht zwingend alle unten aufgeführten Wörter aktiv abzukürzen. Wenn mit Abkürzungen gearbeitet wird, sind die Vorgaben der folgenden Liste verbindlich. **Am Satzanfang wird nicht abgekürzt.**

Dieses Verzeichnis ist nicht abschließend. Ergänzende Abkürzungen können unter Beachtung folgender Regeln dann verwendet werden, wenn eine Verwechslungsgefahr mit einer schon bestehenden und aufgenommenen allgemeinen Abkürzung ausgeschlossen ist:

Abkürzung endet auf Kleinbuchstaben	Abkürzung erhält <b>Punkt am Ende</b>
Abkürzung endet auf Großbuchstaben	Abkürzung erhält <b>keinen Punkt am Ende</b> ( <b>Ausnahme:</b> „S.“)

Folgende Besonderheiten bitten wir zu beachten:

<b>Sigel (= mehrere Wörter)</b>	Ohne Punkt am Ende	aA, <b>mkritAnm</b> , <b>mablAnm</b> , allgM, hM, usw
<b>Ausnahmen</b>		c.i.c., s. oben, s. unten, s. auch
<b>Als Verweis nicht zulässig</b>		ders., dies., aaO., ebd., ebda.

**Amtliche Abkürzungen haben immer Vorrang.** Sollte eine Abkürzung nach den Vorgaben des Merkblatts zu rechtlich falschen Angaben führen, so ist immer die im Rechtsverkehr übliche Abkürzung heranzuziehen.

Abkürzung	Bedeutung
a.D.	außer Dienst
aA	andere(r) Ansicht/Auffassung
AA	Auswärtiges Amt
aaO <sup>1</sup>	am angegebenen Ort
Abb.	Abbildung
abgedr.	abgedruckt
Abh.	Abhandlung(en)
Abk.	Abkommen
ABl.	Amtsblatt
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
abschl.	abschließend
Abschn.	Abschnitt
Abt.	Abteilung
abw.	abweichend
abwM	abweichende Meinung
abzgl.	abzüglich
AdR	Ausschuss der Regionen
aE	am Ende

<sup>1</sup> Als Verweis unzulässig.

Abkürzung	Bedeutung
aF	alte Fassung
aG	auf Gegenseitigkeit
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht
AGH	Anwaltsgerichtshof
Aktualbd.	Aktualisierungsband
allg.	allgemein
allgA	allgemeine Ansicht
allgM	allgemeine Meinung
Alt.	Alternative
aM	andere Meinung
amtl.	amtlich
Änd.	Änderung
ÄndG	Änderungsgesetz
ÄndVO	Änderungsverordnung
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AnwG	Anwaltsgericht
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
AR	Aufsichtsrat
ArbG	Arbeitsgericht
Arch.	Archiv
Arg.	Argumentation
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Auff.	Auffassung
aufgeh.	aufgehoben
Aufl.	Auflage
Aufs.	Aufsatz
ausdr.	ausdrücklich
ausf.	ausführlich
ausl.	ausländisch
ausschl.	ausschließlich
Ausschuss-Drs.	Ausschussdrucksache
Az.	Aktenzeichen
<b>Bad.</b>	<b>Baden</b>
bad.	badisch
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz.	Bundesanzeiger
BArbBl.	Bundesarbeitsblatt
Bay.	Bayern

Abkürzung	Bedeutung
bay.	bayerisch
BayOblG	Bayerisches Oberste Landesgericht
Bbg.	Brandenburg
bbg.	brandenburgisch
Bd.	Band
Bde.	Bände
BDiG	Bundesdisziplinargericht
Bearb.	Bearbeiter, Bearbeitung
bearb.	bearbeitet
Begr.	Begründung
begr.	begründet
Beil.	Beilage
Bek.	Bekanntmachung
Bekl.	Beklagte(r)
bekl.	beklagt
Belg.	Belgien
belg.	Belgisch
Bem.	Bemerkung
Ber.	Berichtigung
ber.	berichtigt
bes.	besonders
Beschl.	Beschluss
beschr.	beschränkt, beschrieben, beschreibend
Bespr.	Besprechung
bespr.	besprochen
bestr.	bestritten
Bet.	Beteiligte(r)
bet.	beteiligt
Betr.	Betreff
betr.	betrifft, betreffend
BezG	Bezirksgericht
BFH	Bundesfinanzhof
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
bish.	bisher(iger)
BKartA	Bundeskartellamt
Bl.	Blatt
Bln.	Berlin
bln.	berlinerisch
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung

Abkürzung	Bedeutung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BPatG	Bundespatentgericht
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
Brem.	Bremen
brem.	bremisch
BRH	Bundesrechnungshof
brit.	britisch
BR-Prot.	Bundesrats-Protokoll
BSG	Bundessozialgericht
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag; Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BT-Prot.	Bundestags-Protokoll
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Baden-Württemberg
bw.	baden-württembergisch
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
c.i.c.	culpa in contrahendo
cm	Zentimeter (Maßeinheit der Länge)
d.	der/die/das/den/des/durch
Darst.	Darstellung
DDR	Deutsche Demokratische Republik

Abkürzung	Bedeutung
ders. <sup>2</sup>	derselbe
dgl.	dergleichen, desgleichen
dh	das heißt
dies. <sup>3</sup>	dieselbe
diesbzgl.	diesbezüglich
diff.	differenziert, differenzierend
Dig.	Digesten
Diss.	Dissertation
div.	diverse
Dok.	Dokument
Drs.	Drucksache
dt.	deutsch
DVO	Durchführungsverordnung
<b>E</b>	<b>Entwurf</b>
e.K. <sup>4</sup>	eingetragener Kaufmann
e.V. <sup>5</sup>	eingetragener Verein
ebd. <sup>6</sup>	ebenda
Ed.	Edition
eG	eingetragene Genossenschaft
EGH	Ehrengerichtshof
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ehem.	ehemalig/e/er/es
Einf.	Einführung
einf.	einführend
eing.	eingehend
eingef.	eingefügt
einHM	einhellige Meinung
Einl.	Einleitung
einschl.	einschließlich
EL	Ergänzungslieferung
em.	Emeritus
Empf.	Empfehlung
endg.	endgültig
engl.	englisch
Entsch.	Entscheidung
Entschl.	Entschluss

<sup>2</sup> Als Verweis unzulässig.

<sup>3</sup> Als Verweis unzulässig.

<sup>4</sup> Im Hinblick auf die gesetzlichen Vorgaben, weicht diese Abkürzung von den Regeln der RedRL ab.

<sup>5</sup> Im Hinblick auf den üblichen Sprachgebrauch, weicht diese Abkürzung von den Regeln der RedRL ab.

<sup>6</sup> Als Verweis unzulässig.



Abkürzung	Bedeutung
entspr.	entspricht, entsprechend
EP	Europäisches Parlament
EPG	Einheitliche Patentgericht
ER	Europäischer Rat
Erg.	Ergebnis, Ergänzung
erg.	ergänzend
Ergbd.	Ergänzungsband
Erkl.	Erklärung
Erl.	Erlass, Erläuterung
Erwgr.	Erwägungsgrund
etc	et cetera (und so weiter)
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Europäischer Gerichtshof
eur.	europäisch
ev.	evangelisch
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
f., ff.	<b>folgende Seite bzw. Seiten</b>
FAArbR	Fachanwalt für Arbeitsrecht
FamG	Familiengericht
FG	Finanzgericht; Festgabe
FMBL.	Finanzministerialblatt
Fn.	Fußnote
Frankr.	Frankreich
frz.	französisch
FS	Festschrift
<b>g</b>	<b>Gramm (Maßeinheit der Masse)</b>
G	Gesetz
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
gAG	Gemeinnützige Aktiengesellschaft
GBA	Generalbundesanwalt/Generalbundesanwältin
GBL.	Gesetzblatt
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GE	Gesetzesentwurf
geänd.	geändert
geb.	geboren
gem.	gemäß
ges.	gesetzlich

Abkürzung	Bedeutung
gewöhnl.	gewöhnlich
GewR	Gewerberecht
GewRS	Gewerblicher Rechtsschutz
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ggü.	gegenüber
glA	gleicher Ansicht
GLE	Gleichlautende Ländererlasse
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Atypisch Still	Gesellschaft mit beschränkter Haftung und atypische stille Gesellschafter
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Compagnie Kommanditgesellschaft
GmbH & Still	Gesellschaft mit beschränkter Haftung und stille Gesellschafter
GMBL.	Gemeinsames Ministerialblatt
GmS-OBG	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GO	Geschäftsordnung/Gemeindeordnung
Grdl.	Grundlage
grdl.	grundlegend
grds.	grundsätzlich
Griech.	Griechenland
GS	Gedenkschrift, Gedächtnisschrift
GStA	Generalstaatsanwaltschaft
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVO	Gruppenfreistellungsverordnung; Grundverordnung
GVOBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
<b>hA</b>	<b>herrschende Ansicht/Auffassung</b>
Halbbd.	Halbband
h.c.	honoris causa
HdB	Handbuch
Hess.	Hessen
hess.	hessisch
hins.	hinsichtlich
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
Hmb.	Hamburg
hmb.	hamburgisch
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HV	Hauptversammlung; Handelsvertreter; Hauptverhandlung
ic	in concreto/in casu

Abkürzung	Bedeutung
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
idS	in diesem Sinne
iE	im Einzelnen
iErg	im Ergebnis
ieS	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
iGr	in Gründung
iHd	in Höhe des/der
IHK	Industrie- und Handelskammer
iHv	in Höhe von
iJ	im Jahre
iL	in Liquidation
Inf.	Information
insbes.	insbesondere
insges.	insgesamt
int.	international
InvAG	Investmentaktiengesellschaft
iRd	im Rahmen des/der
iRv	im Rahmen von
iS	im Sinne
iSd	im Sinne des/der
ISG	Internationaler Seegerichtshof
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
iSv	im Sinne von
it.	italienisch
iÜ	im Übrigen
iVm	in Verbindung mit
iW	im Wesentlichen
iwS	im weiteren Sinne
iZw	Im Zweifel
<b>jew.</b>	<b>jeweils</b>
Jg.	Jahrgang
Jge.	Jahrgänge
Jh.	Jahrhundert
JMBL.	Justizministerialblatt
jur.	juristisch
<b>Kap.</b>	<b>Kapitel, Kapital</b>
kath.	katholisch
Kfz	Kraftfahrzeug
kg	Kilogramm (Maßeinheit der Masse)

Abkürzung	Bedeutung
KG	Kommanditgesellschaft; Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen (bis 19.1899: in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit), 1.1881–53.1922
Kj.	Kalenderjahr
Kl.	Kläger
kl.	klagend
km/h	Kilometer pro Stunde (Maßeinheit der Geschwindigkeit)
Kom.	Komitee, Kommission
Komm.	Kommentar
KöR	Körperschaft des öffentlichen Rechts
krit.	kritisch
<b>LAG</b>	<b>Landesarbeitsgericht</b>
lat.	lateinisch
lfd.	laufend
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
li.	links, linke(r)
Liecht.	Liechtenstein
liecht.	liechtensteinisch
Lit.	Literatur
lit.	litera
Lkw	Lastkraftwagen
Ls.	Leitsatz
LSA	Sachsen-Anhalt
LSG	Landessozialgericht
lt.	laut
Ltd.	Limited (englische Unternehmensform)
LT-Drs.	Landtags-Drucksache
LT-Prot.	Landtags-Protokoll
Lux.	Luxemburg
lux.	luxemburgisch
<b>m</b>	<b>Meter (Maßeinheit der Länge)</b>
mablAnm	mit ablehnender Anmerkung
mÄnd	mit Änderungen
mAnm	mit Anmerkung
Mat.	Materialien
maW	mit anderen Worten
max.	maximal
mBespr	mit Besprechung

Abkürzung	Bedeutung
MBL	Ministerialblatt
mE	meines Erachtens
mind.	mindestens
Mio.	Million(en)
Mitt.	Mitteilung(en)
mkritAnm	mit kritischer Anmerkung
mN	mit Nachweisen
Mot.	Motive
Mrd.	Milliarde(n)
mtl.	monatlich
MV	Mecklenburg-Vorpommern
mv	mecklenburg-vorpommerisch
mVwa	mit Verweis auf
mwH	mit weiteren Hinweisen
mwN	mit weiteren Nachweisen
mWv	mit Wirkung vom
mzustAnm	mit zustimmender Anmerkung
<b>nachf.</b>	<b>nachfolgend</b>
Nachw.	Nachweise
Nds.	Niedersachsen
nds.	niedersächsisch
neu gef.	neu gefasst
nF	neue Fassung
Nov.	Novelle
Nr.	Nummer
nrkr	nicht rechtskräftig
NRW	Nordrhein-Westfalen
nrw	nordrhein-westfälisch
nv	nicht veröffentlicht
<b>o.</b>	<b>oben, oder</b>
o.a. <sup>7</sup>	oben angegeben(e/es/er)
o.g. <sup>8</sup>	oben genannte(r, s)
oÄ	oder Ähnliche/s
öffentl.	öffentlich
OHG	Offene Handelsgesellschaft
oJ	ohne Jahrgang
OLG	Oberlandesgericht
Öst.	Österreich

<sup>7</sup> Als Verweis unzulässig.

<sup>8</sup> Als Verweis unzulässig.

Abkürzung	Bedeutung
öst.	österreichisch
oV	ohne Verfasser
OVG	Oberverwaltungsgericht
<b>p.a.<sup>9</sup></b>	<b>per annum</b>
PartG	Partnerschaftsgesellschaft
Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	PartGmbH
Pkw	Personenkraftwagen
Pol.	Polen
poln.	polnisch
port.	portugiesisch
Port.	Portugal
Preuß.	Preußen
preuß.	preußisch
Prot.	Protokoll
pVV	Positive Vertragsverletzung
<b>RA</b>	<b>Rechtsanwalt</b>
RAnz.	Reichsanzeiger
rd.	rund
RdErl.	Runderlass
RdSchr.	Rundschreiben
re.	rechts, rechte(r)
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
REIT-AG	Real-Estate-Investment-Trust Aktiengesellschaft
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RhPf	Rheinland-Pfalz
rhpf	rheinland-pfälzisch
rkr.	rechtskräftig
RL	Richtlinie
RMBliV.	Reichsministerialblatt der inneren Verwaltung
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RT	Reichstag
RT-Drs.	Reichstags-Drucksache
RT-Prot.	Reichstags-Protokoll
russ.	russisch
Russl.	Russland

<sup>9</sup> Im Hinblick auf die gesetzlichen Vorgaben, weicht diese Abkürzung von den Regeln der RedRL ab.

Abkürzung	Bedeutung
RVO	Rechtsverordnung; Reichsversicherungsordnung (SozR)
S.	Seite(n), Satz
s.	siehe
s. auch	siehe auch
s. oben	siehe oben
s. unten	siehe unten
Saarl.	Saarland
saarl.	saarländisch
Sachs.	Sachsen
sächs.	sächsisch
sachsenanh	sachsen-anhaltinisch
SchlA	Schlussantrag
SchlH	Schleswig-Holstein
schlh	schleswig-holsteinisch
Schr.	Schrifttum, Schreiben
schweiz.	schweizerisch
SE	Europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea)
Sen.	Senat
SG	Sozialgericht
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
Sp.	Spalte
span.	spanisch
Span.	Spanien
st.	ständig
StA	Staatsanwaltschaft
StB	Steuerberater
Stellungn.	Stellungnahme
StGH	Staatsgerichtshof
Stichw.	Stichwort
str.	streitig, strittig
stRspr	ständige Rechtsprechung
Suppl.	Supplement
SV	Sachverhalt
teilw.	teilweise
Thür.	Thüringen
thür.	thüringisch
türk.	türkisch
Türk.	Türkei
TV	Testamentsvollstrecker; Testamentsvollstreckung; Tarifvertrag
tvA	teilweise vertretene Ansicht



Abkürzung	Bedeutung
Tz.	Textziffer
<b>u.</b>	<b>und, unter, unten</b>
u.a.	und andere, unter anderem
UA	Untersuchungsausschuss
uÄ	und Ähnliches
UAbs.	Unterabsatz
UAbschn.	Unterabschnitt
uam	und anderes mehr
uÄm	und Ähnliches mehr
überarb.	überarbeitet
Überbl.	Überblick
überw.	überwiegend
Übk.	Übereinkommen
uE	unseres Erachtens
UG	Unternehmergesellschaft
U-Haft	Untersuchungshaft
Umf.	Umfang
umfangr.	umfangreich
umstr.	umstritten
ung.	ungarisch
Ung.	Ungarn
UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
unstr.	unstreitig
unv.	unverändert, unveränderte Auflage
unveröff.	unveröffentlicht
unzutr.	unzutreffend
Urk.	Urkunde
Urt.	Urteil
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
uvam	und vieles anderes mehr
uvm	und viele mehr
<b>v.</b>	<b>vom, von</b>
v.a.	vor allem
Var.	Variante
vAw	von Amts wegen
Verf.	Verfasser, Verfassung, Verfahren
VerfG	Verfassungsgericht
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
Verh.	Verhandlung

Abkürzung	Bedeutung
Veröff.	Veröffentlichung
Vers.	Versicherung
Vertr.	Vertrag
vertragl.	vertraglich
Verw.	Verwaltung
Vfg.	Verfügung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
vH	von Hundert
VO	Verordnung
Vol., vol.	volume (Band)
Vorauf.	Vorausgabe
Vorb.	Vorbemerkung
vorl.	vorläufig
Vorschr.	Vorschrift
vs.	versus
VU	Versäumnisurteil
Vw	Verweis
<b>Wiss.</b>	<b>Wissenschaft</b>
wiss.	wissenschaftlich
Wj.	Wirtschaftsjahr
wN	weitere Nachweise
WP	Wirtschaftsprüfer
Württ.	Württemberg
württ.	württembergisch
<b>zahlr.</b>	<b>zahlreich</b>
zB	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
zT	zum Teil
zul.	zuletzt
zusf.	zusammenfassend
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
ZV	Zwangsvollstreckung; Zwangsversteigerung
zVb	zur Veröffentlichung bestimmt
zw.	zweifelhaft
zzgl.	zuzüglich
zzt.	zurzeit